



StuPa

Studierendenparlament Universität Würzburg

Gegen neurechte Diskursverschiebung in der Lehre

Das Studierendenparlament möge folgende Forderungen beschließen:

1. Eine im Idealfall gemeinsame Stellungnahme des Studentischen Sprecher*innenrats und der Universitätsleitung zu den Strukturen der Neuen Rechten ([Bundeszentrale für politische Bildung](#)) am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg und den politischen Färbungen, Auslassungen und Haltungen, die dort Einfluss auf die Lehre nehmen, sowie zu der Beschäftigung von Lehrpersonal mit Kontakten in offen rechtsextreme Kreise.
2. Eine Umstrukturierung bzw. Ausweitung des Lehrangebots in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, denen sich die JMU im Kodex Wissenschaft und Verantwortung bezüglich der gesellschaftlichen Verantwortung ihrer Forschung und Lehre verschrieben hat.
3. Dementsprechend Ressourcen und Lehrmittel zu diversifizieren und umzuwidmen.
4. Wir fordern Benjamin Hasselhorn dazu auf, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, nicht unter einem Pseudonym in der „Sezession“ veröffentlicht zu haben. Diese Forderung erheben wir, da wir der Analyse der Konrad Adenauer Stiftung zustimmen, nach der das vermeintlich von Benjamin Hasselhorn verwendete Pseudonym im Diskurs der Neuen Rechten dafür eintrat, dass eine "metapolitische Delegitimierung [des liberalen Systems] im Sinne einer radikalen Alternative [einer populistischen

Massenmobilisierung] vorzuziehen sei. Diese müsse mit dem Mehrheitsprinzip brechen und eine neue Elitenherrschaft begründen." ([Konrad Adenauer Stiftung](#)) Eine solche Haltung ist absolut unvereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung und verlangt nach endgültiger Klärung durch Herrn Hasselhorn.

5. Die Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Universitätsleitung und Studierendenvertretung (oder die Übernahme dieser Verantwortung durch bestehende Gremien), die einen Fahrplan für die Zukunft aufstellt, die folgende Fragen klären soll:
 - Wie stellen wir in Zukunft sicher, dass die Universität die Besetzung von öffentlichen Räumen und die Einflussnahme auf sensible gesellschaftliche Strukturen durch Strömungen wie der Neuen Rechten entgegenwirkt?
 - Was sind auf lange Sicht realistische Ziele im Umgang mit Personen an der Universität, die Positionen vertreten, die nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung übereinstimmen?
 - Wie muss das Lehrangebot verändert und angepasst werden, um den Grundsätzen der Universität zu Wissenschaftsfreiheit und Verantwortung, insbesondere bezogen auf die Ausbildung von Geschichtslehrkräften in Themenfelder wie z.B. Holocaust Education, gerecht zu werden?

6. In Anlehnung an den Beschluss des Studierendenparlaments „StuV gegen Rechtsextremismus“ vom 12.02.24, in dem es wörtlich heißt „Die Studierendenvertretung fordert die anderen universitären Gremien im Allgemeinen, sowie die Universitätsleitung im Besonderen, zu analogen Unvereinbarkeitsbeschlüssen für ihre Arbeit auf.“, bitten wir darum, dass die Universitätsleitung der Studierendenvertretung gegenüber offenlegt, welche Anstrengungen gegen Positionen, die nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar sind, bereits vorgenommen wurden und wie sie solche Positionen und deren Konsequenzen, etwa in Form von agendagetriebener wissenschaftlicher Praxis, an der Universität weiterhin bekämpfen will.

Wir beauftragen den Studentischen Sprecher*innenrat, diese Forderungen im Namen der Studierendenvertretung umzusetzen beziehungsweise sich für eine Umsetzung der Forderungen einzusetzen.



Jonas Keim

(Vorsitz des Studierendenparlaments)